

Indien im Überblick

zusammengestellt von Thomas Bärthlein

Maoisten in Westbengalen auf dem Vormarsch

Maoistische Guerilla-Kämpfer haben Mitte Juni das Gebiet von Lalgarh mit über 40 Dörfern im Bezirk West Midnapore öffentlichkeitswirksam zur „befreiten Zone“ erklärt. Die kommunistische Landesregierung des betroffenen Bundesstaats West-Bengalen fühlte sich brüskiert und reagierte mit einem massiven Einsatz der Sicherheitskräfte in Lalgarh, der bislang allerdings ohne große Erfolge verlief. So ist es offenbar nicht gelungen, führende Maoisten festzunehmen. Es wird damit gerechnet, dass sich ein Großteil der Kämpfer in benachbarte Gebiete zurückgezogen hat. Nur der Sprecher der CPI-Maoist, Gour Chakraborty, wurde nach einem Fernsehauftritt in Kolkata verhaftet; einen Tag zuvor hatte die indische Regierung seine Organisation offiziell verboten.

Lalgarh ist wie die meisten Maoisten-Hochburgen in Zentral- und Ostindien vorwiegend von Adivasis bewohnt. Am 2. November war Ministerpräsident Buddhadeb Bhattacharya in der Region nur knapp einem Anschlag auf seinen Autokonvoi entgangen, worauf die Polizei offenbar mit äußerster Brutalität in den Dörfern reagierte. Die Sympathie für die Maoisten dort ist Beobachtern zufolge unter anderem als Reaktion auf diese Exzesse zu sehen. Die in Westbengalen seit über 30 Jahren regierende kommunistische Partei (CPI-M), die sich lange Jahre auf ihre erfolgreichen Landreformen berufen und der Unterstützung der ländlichen Bevölkerung sicher sein konnte, hat spätestens seit den Kontroversen um Industrie-Ansiedlungen in Nandigram und Singur erhebliche Probleme auf dem Land. Bei diesen Agitationen verbündeten sich auch die Gegner der Kommunisten vom anderen Rand des politischen Spektrums, Mamata Banerjees *Trinamul Congress*, mit den Maoisten. Beide werfen den Kommunisten Arroganz und diktatorische Allüren vor. Bei den jüngsten Parlamentswahlen brachte der *Trinamul Congress* den Kommunisten in Westbengalen zum ersten Mal seit Jahrzehnten eine empfindliche Schlappe bei.

Die Maoisten, in Indien auch „Naxaliten“ genannt, haben derweil die Serie von Anschlägen auf Sicherheitskräfte fortgesetzt. Seit Anfang des Jahres haben sie nach Regierungsangaben mehr als 450 Menschen getötet. Am 12. Juli allein fielen zwei Angriffen im Distrikt Rajnandangaon im Bundesstaat Chattisgarh 30 Polizisten zum Opfer, darunter der Polizeichef des Distrikts.

Spannungen in Kaschmir

In Kaschmir ist es erneut zu massiven Protesten gekommen, weil die indischen Sicherheitskräfte dort des Mordes an Zivilisten beschuldigt wurden. Besonderes Aufsehen erregte die Vergewaltigung und der Mord an zwei jungen Frauen in der Kleinstadt Shopian, die ansonsten für ihre Äpfel berühmt ist. Die Leichen der beiden wurden Ende Mai gefunden. In Shopian selbst blieben wochenlang alle Geschäfte geschlossen, und bei Protesten und Streiks im ganzen Kaschmir-Tal starben mindestens zwei Menschen. Die Landesregierung setzte eine Untersuchungskommission ein, die die Polizei beschuldigte, Beweismittel vernichtet zu haben. Der Leiter der Kommission, der pensionierte Richter Muzaffar Jan, warf der Polizei außerdem vor, eigene Elemente in seinen Abschlussbericht „eingeschmuggelt“ zu haben, in denen die Familie der Opfer in einem schlechten Licht gezeichnet werden.

Zurück zu neun Prozent Wachstum

Die indische Regierung ist zuversichtlich, die Auswirkungen der globalen Finanz- und Wirtschaftskrise schnell überwinden zu können und strebt so bald wie möglich eine Rückkehr zu den Wachstumsraten der letzten Jahre von ca. neun Prozent an. Das sagte Finanzminister Pranab Mukherjee bei der Vorlage des ersten Haushalts der neuen Regierung Anfang Juli. Für das laufende Finanzjahr rechnet man mit einem Wachstum von 6,7 Prozent, so Mukherjee. Der Politik-Veteran hat schon fast jedes Regierungsamt in Indien bekleidet und ist nach den Wahlen jetzt vom Außen- ins Finanzressort gewechselt. Die Finanzmärkte reagierten enttäuscht auf sein erstes Budget, weil es keine weiteren Maßnahmen zur Wirtschaftsliberalisierung vorsieht, sondern stattdessen den Schwerpunkt auf Investitionen im Infrastrukturbereich und neue Sozialprogramme für Indiens arme Landbevölkerung setzt. Die Börse ist außerdem besorgt über das hohe Staatsdefizit; denn Indien hat, wie die meisten Länder, die Staatsausgaben kurzfristig erhöht, vor allem um mit öffentlichen Investitionen die Konjunktur in der Wirtschaftskrise wieder anzukurbeln.

Erste Parlamentspräsidentin

Im Anschluss an die jüngsten Parlamentswahlen ist mit Meira Kumar zum ersten Mal in der indischen Ge-

schichte eine Frau zur Präsidentin des Parlaments-Unterhauses (Lok Sabha) gewählt worden. Für Aufsehen sorgte dabei zusätzlich, dass sie aus der untersten Kasten-Gruppe (Dalits) stammt. Die Abgeordnete der Kongress-Partei hatte keine Gegenkandidatin. Sie ist die Tochter des ehemaligen Vize-Premiers Jagjivan Ram. Mit Pratibha Patil hat Indien zurzeit zum ersten Mal auch eine Staatspräsidentin.

Historisches Urteil entkriminalisiert Homosexualität

Der *Delhi High Court* hat am 2. Juli die Passagen im indischen Strafgesetzbuch, die freiwilligen homosexuellen Geschlechtsverkehr zwischen Erwachsenen als „wider die Ordnung der Natur“ unter Strafe stellen, für unwirksam erklärt. Sie verstießen gegen das Diskriminierungsverbot der Verfassung. Dieses Grundsatzurteil in einem von der Nichtregierungsorganisation *Naz Foundation* angestregten Verfahren wurde von indischen Schwulen und Lesben, die sich zunehmend zu ihrer Sexualität bekennen und öffentliche Paraden abhalten, ausgiebig gefeiert. Die umstrittene Sektion 377 des Strafgesetzes, ein Erbe der Kolonialzeit, war in letzter Zeit zwar kaum angewendet worden, diente aber zur Diskriminierung und wurde häufig auch von der Polizei zur Erpressung Homosexueller missbraucht. Die öffentliche Debatte und der Rechtsstreit sind allerdings keineswegs beendet. Organisationen der verschiedenen Religionsgemeinschaften reagierten empört.

Mayawati setzt sich selbst Denkmäler

Die Ministerpräsidentin des bevölkerungsreichsten Bundesstaats Uttar Pradesh, Mayawati, hat Proteste ausgelöst, weil sie dort immer mehr Statuen aufstellen lässt, die sie selbst darstellen. Ein Anwalt zog gegen eine solche Statue in Noida, einem Vorort von Delhi, sogar vor das Oberste Gericht. Die Denkmäler seien eine Verschwendung öffentlicher Gelder, so sein Argument. Die Richter verwiesen ihn jedoch an untere Instanzen.

Hunderte Tote durch illegalen Alkohol

In Ahmedabad, der größten Stadt Gujarats, sind Anfang Juli mehr als 120 Slumbewohner gestorben, nachdem sie illegal gebrannten und gepantschten Alkohol zu sich genommen hatten. Es kam zu Straßenprotesten, und die Opposition forderte den Ministerpräsidenten Narendra Modi (BJP) zum Rücktritt auf. In Gujarat herrscht seit der Gründung des Bundesstaats Prohi-

bition und Alkoholkonsum ist grundsätzlich illegal. Allerdings kommt es auch in anderen Teilen Indiens immer wieder zu ähnlichen Tragödien mit illegalem Alkohol, weil dieser deutlich billiger ist als „offizieller“. Im Mai starben in Karnataka und Tamil Nadu im Süden des Landes sogar über 150 Menschen.

Indische Studenten in Australien attackiert

Indische Studenten in Australien haben sich mit einer Reihe von Demonstrationen gegen rassistisch motivierte Übergriffe und die mangelnde Reaktion der Polizei zur Wehr gesetzt. In Australien studieren fast 100 000 Inder, etwa die Hälfte davon in Melbourne. Seit Anfang des Jahres haben sich die Fälle gehäuft, in denen Inder tätlich angegriffen und häufig schwer verletzt wurden. Die Täter kommen aus verschiedenen ethnischen Gruppen. Daraufhin kam es in Melbourne und Sydney zu mehreren Protestkundgebungen. Die indischen Medien berichteten ausgiebig über das Thema, der Premierminister verurteilte die Übergriffe im Parlament und Bollywood-Stars drohten damit, Australien als Drehort zu boykottieren. Führende Vertreter der indischen Gemeinschaft in Australien dagegen warnten davor, das Problem zu übertreiben. Australiens Premier Kevin Rudd drückte sein Bedauern über die Vorfälle aus, die auch bilateral zwischen den Regierungen thematisiert wurden.

Unfall beim Metro-Bau

Bei Ausbaurbeiten für die U-Bahn in Delhi, die Metro, hat sich am 12. Juli ein spektakulärer Unfall ereignet. Eine Brücke, die gerade gebaut wurde, stürzte ein und begrub mindestens fünf Menschen. Bereits im vergangenen Oktober war eine Metro-Brücke während des Baus eingestürzt. Bislang gibt es in Delhi drei Metro-Linien mit insgesamt 75 Kilometern Streckenlänge. Das Streckennetz wird massiv ausgebaut und soll in zehn Jahren mit mehr als 400 Kilometern umfangreicher sein als die U-Bahn in London. Bisher gibt es in Indien U-Bahnen nur in Kolkata (Kalkutta) und Delhi; doch in einer Reihe weiterer Städte sind neue innerstädtische Schnellbahnen in Bau oder in der Planung, darunter in Chennai (Madras), Bangalore, Mumbai und Chandigarh.